



EIMER

03 / 2005

Einmal im Monat ein Rundschreiben
vom Juso-Kreisverband Rhein-Neckar

Aktuell wie noch nie

erscheint diesmal der neue Eimer. Denn dieses Mal hatte die Eimerredaktion erst mitten in der Nacht vor der Verschickung Redaktionsschluss. Grund dafür ist nicht die verspätete Einsendung der Artikel unsrer Redakteure, sondern die Tatsache das ein kleiner Gründungsbericht der neuen AG Heddeshheim enthalten ist.

Neben diesem Thema widmen wir uns auch der JHV der SPD Rhein Neckar, den Studiengebühren und der Innenpolitik.

Wie immer möchte ich euch beim Lesen viel Spaß wünschen und euch bitten die durch Schlafmangel entstanden Rechtschreibfehler zu ignorieren.

Euer
Carsten

Als Ritter und Drachen noch leben...

Wir alle schauen uns doch gerne die Filme an, als Ritter noch gegen Drachen kämpften, und mit Gesang und viel Trara um die Gunst ihrer Auserwählten buhlten. Damals, als Ehre und Anstand Tugenden waren. Und in diese Zeit sehe ich mich seit heute zurückversetzt. Diesen Zeitsprung ermöglicht hat das BVG mit seinem neuesten Urteil. Zwar müssen wir nicht wieder in Rüstungen herumstolzieren in Leier spielen; aber viele von uns werden wohl wieder, wie im Mittelalter, für ihre Ausbildung zahlen müssen. Was früher das Lehrgeld war, wird wohl bald wieder die Studiengebühr sein. Zumindest nach Auffassung unserer geliebten Landesregierung, die schon am 1. Februar mit der Erarbeitung eines Studiengebührenkonzeptes beginnen will.

Jetzt aber mal zurück in unsere Zeit und zu einigen Zahlen: Im Jahre 1970 einigten sich die Kultusminister darauf, Studiengebühren deutschlandweit abzuschaffen. Dieser Konsens herrschte bis ins Jahr 2000, niedergeschrieben im Meininger Beschluss. Allerdings gelang es bis 2002 nicht, diesen Beschluss mittels Staatsvertrag rechtskräftig zu machen, sodass die Regierung das 6. Hochschulrahmen- Änderungsgesetz verabschiedete, wonach das Erststudium gebührenfrei sein muss. Und hier beginnt die Zeitreise zurück in eine Zeit, als Bildung den Wohlhabenden vorbehalten war, denn in einem Anflug

von Machtwahn machen sich sechs Unionsgeführte Länder dazu auf, die Studierenden zur Kasse zu bitten (es bestand bis zu diesem Zeitpunkt immer noch Einigkeit aller Kultusminister zu diesem Thema; Zitat Meininger Beschluss: . Man bemerke: Die Länder vereinbaren, das Studium bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss und bei konsekutiven Studiengängen bis zum zweiten berufsqualifizierenden Abschluss grundsätzlich gebührenfrei zu halten.), und einen weiteren Kreuzzug gegen ein von der SPD verabschiedetes Gesetz zu führen. Es ist mittlerweile bezeichnend für die Politik der Union, alles zerstören zu wollen, was Andere beschließen (Noch einmal: auch die Union wollte keine Studiengebühren!), ganz gleich, ob das Gesetz sinnvoll ist, oder nicht. Mir fehlen in diesem Fall einfach nur noch die Worte. Ich verstehe diejenigen Menschen nicht, die Vorschlägen des Vermittlungsausschusses, den Zahlen des Statistischen Bundesamtes und letztendlich dem Urteil der Pisastudien entgegen, als Trotzreaktion Studiengebühren einführen bzw. gutheißen, obgleich alle Prognosen und Vergleiche ergeben, dass Studiengebühren eine Studierendenverschiebung weiterhin zu wohlhabenden Familien verursachen. Und genau dies ist kontraproduktiv zu dem, was jeder, dem etwas an der Entwicklung Deutschlands liegt, anstreben sollte. Es ist nun mal nicht so, dass jeder, der in wohlhabendem Hause lebe, gleichzeitig auch ein Genie ist. Es ist bekannterweise heute so, dass viele Bafög- abhängige Studierende häufig nur knapp über dem Sozialhilfesatz leben, wozu dann noch die Belastungen durch Studiengebühren kommen würden. Und den Vorschlag das Studium über Bankkredite zu finanzieren, empfinde ich persönlich als Frechheit.

Sebastian Schuhmacher
AG Ladenburg

JHV der SPD Rhein Neckar

Am vergangenen Samstag fand die JHV des SPD Kreisverbandes Rhein Neckar in Dossenheim statt. Trotz des Wintereinbruchs fanden sich soviele Delegierte ein wie auf keinem anderen Kreisparteitag.

Die Jusos Rhein Neckar waren natürlich auch vor Ort und haben mit einem Sonder - Eimer sowie unserem

Eimer 3 / 2005

mittlerweile etwas ausgedienten Stand die Kandidaten, die sich im Jusoalter befinden, tatkräftig unterstützt. Glücklicherweise standen Daniel Hamers, Franz Thanbichler, Lars Castellucci und Miriam Roth keine Kampfkandidaturen bevor und jeder wurde erfolgreich in den SPD Kreisvorstand gewählt.

Im Anschluß zu den Wahlen wurde noch ein Antrag der SPD Rauenberg zum Thema Studiengebühren gestellt und zwar forderten unsere lieben Genossen aus Rauenberg konkrete Maßnahmen im Falle der Einführung der Studiengebühren. Unsere Kreisvorsitzende Julia Achtstätter konnte das so natürlich nicht stehen lassen und forderte zum einen dazu auf den Antrag auf den Bildungskreisparteitag zu verschieben und zum anderen den Antrag zurück zu nehmen, denn die SPD darf sich nicht vorwerfen lassen Studiengebühren zu gestalten nur um am Ende nicht als konzeptionlos da zu stehen..

Die Folge war, dass die Rauenberger Genossen sich selbst über ihren Antrag erstaunt zeigten bzw standhaft behaupteten von dem Antrag überrascht worden zu sein und zogen daher ihren Antrag zurück. Nach der Ehrung einiger GenossInnen, die zumindest zwei davon fast 30 Jahre Ortsvereinsvorsitzender waren, wünschte anschließend die alte neue Stellv. Vorsitzende Maren Kunkel den Delegierten eine gute Heimreise.

Wir, die Jusos Rhein Neckar, wünschen den Gewählten natürlich viel Erfolg und freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit.

Carsten Kropp
AG Untere Hardt

Neue AG in Heddesheim

Zu Beginn hielt der Ortsvereinsvorsitzende Jürgen Merx ein kurzes Grußwort, in welchem er besonders die Bedeutung der neuen AG für seinen Ortsverein heraus hob und unterstrich wie wichtig dieses Engagement junger Menschen in der heutigen Zeit ist.

Darauf wurde Markus Rathmann, der bereits viel im Vorfeld der AG Gründung mit den Heddesheimern zusammengearbeitet hatte, zum Sitzungsleiter gewählt. Unter seiner Leitung wurden dann zuerst der Satzung zugestimmt, bevor dann gewählt wurde. Bei der Wahl kam es der Wahlkommission sehr entgegen, dass alle Ergebnisse einstimmig waren. Neuer Vorsitzender wurde Daniel Gerstner, seine Stellvertreter wurde Dominic Brenneisen, sein Kassierer Tobias Brenneisen, Schriftführerin Carmen Urbach und als Beisitzer wurde Michael Holler gewählt.

Im Anschluß gratulierte, der mit einer Frau und drei Mann starkbesetzte Kreisverband, dem neuen Vorstand zu seiner Wahl und versprach gerade in der Anfangsphase Hilfe. Auch wurde betont, dass sich der Kreisverband natürlich sehr freut und die AG Gründungen nicht alltäglich sind. Anschließend feierten wir noch gemütlich die Gründung bei einer Kneipe in Heddesheim.



Interview mit dem neuen Vorsitzenden der AG Heddesheim Daniel Gerstner.

Jusos Rhein Neckar:

Erstmal natürlich auch von uns alles Gute zur Wahl. Wir wünschen dir viel Erfolg und vor allen Dingen viel Spaß in deiner neuen Funktion. Nun möchten wir dir ein paar Fragen stellen.

Du bist uns ja kein völlig Unbekannter und warst bereits aktiv als Beisitzer im Jusokreisvorstand.

Wie kam es jetzt dazu, dass du diese AG in Heddesheim mitgegründet hast?

Daniel Gerstner:

Bereits vor einem Jahr haben wir hier in Heddesheim die RedRockNight, eine Veranstaltung die sich vorallem an junge Leute richtet, ausgerichtet. Dann vor einem halben Jahr kam mir zusammen mit Dominic Brenneisen die Idee mit mehreren jungen Genossen die AG hier zu gründen. Vorher waren wir bereits Beisitzer hier im Ortsverein und haben versucht uns politisch einzubringen.

Jusos Rhein Neckar:

Welche Ziele werdet ihr hier in Heddesheim verfolgen?

Daniel Gerstner:

Wir wollen uns nochmehr für die Jugend einsetzen als wir das bereits ohnehin schon im SPD Ortsvereinsvorstand getan haben. Weiterhin möchten wir natürlich auch Kontakte von der kommunalen Politik zur Jugend schaffen und neben den politischen Themen versuchen das kulturelle Angebot speziell für Jugendliche durch unser Konzert RedRockNight zu erweitern.

Jusos Rhein Neckar:

Wir danken dir für das kurze Interview.

Carsten Kropp
AG Untere Hardt

Eimer 3 / 2005

Der Preis der inneren Sicherheit

Dass Freiheit hierzulande meistens dann unwichtig wird, wenn sie vermeintlich im Konflikt mit der inneren Sicherheit steht, wurde im Rahmen von Gesetzesschaffungen wie den Anti-Terror-Gesetzen oder dem Zuwanderungsgesetz immer wieder deutlich. Auch die lange selbstverständlichen Tabus bei Einschnitten in das Persönlichkeitsrecht der Bürger fallen seit ein paar Jahren zunehmend. Dass sich diese fragwürdige Taktik in Wirklichkeit nicht nur auf Schwerstkriminalität wie die Verfolgung terroristische Ziele bezieht, sondern, dass auch die gängige Polizeiarbeit stark umgekrempelt werden soll, wird indes immer deutlicher. Klassisch erkennbar ist dies an der aktuellen Debatte um die drastische Ausweitung genetischer Analysen. Die Anwendung dieses Verfahrens im Zusammenhang mit "Straftaten von erheblicher Bedeutung" ist nämlich schon jetzt legitim. Unter diese Definition fallen unter Anderem Vergehen wie Mord, gefährliche Körperverletzung, Terrorismus und schwerer Diebstahl. Bei kleineren Delikten spielte bisher auch der Datenschutz im Sinne der Beschuldigten noch eine Rolle. Künftig aber, so die Pläne der Innenpolitiker, soll eine Speicherung der genetischen Daten ein Standard bei "erkennungsdienstlichen Behandlungen" werden. Diese Behandlungen allerdings, setzten nicht mal das Begehen einer Straftat voraus. Allein ein staatsanwaltschaftlicher Verdacht auf das Begehen eines Kleindeliktens würde somit fast automatisch zur Entnahme und Archivierung der genetischen Daten führen. Der bayerische Innenminister

tönte bereits in alt gewohnter Law- and Order-Polemik: "Wenn sich ein Demonstrant in Gorleben ankettet, wollen wir eine DNA-Analyse. Klar wird: Es besteht eine große Gefahr, dass durch diese Pläne die Unschuldsvermutung ausgehöhlt wird. Ein Mensch hinterlässt jederorts sehr viele DNA-Spuren. Zum einen böte dies wahnsinnige Manipulationsmöglichkeiten (z.B. das Legen falscher Spuren) und zum anderen muss bedacht werden, dass unschuldige Menschen, durch diese Manipulationsmöglichkeiten sehr schnell eines Verbrechens verdächtigt werden könnten und somit in die Situation kämen, ihre Unschuld belegen zu müssen. Die Bundesregierung sollte sich nicht aus wahlkampftechnischen Gründen dazu verleiten lassen, die Opposition in diesem Thema um jeden Preis überflügeln zu wollen. Auch ein gewisser Teil an Rückgrad gegenüber den eigenen Parteien ist für politischen Erfolg relevant. Wir halten es jedenfalls nicht für sinnvoll, zwecks der Verteidigung unserer Demokratie und Freiheit selbige nach und nach einzuschränken und auszuhebeln! (stst)

Stefan Stierle
Juso AG Edingen Neckarhausen

Termine

Mittwoch, 2. 3., 19 Uhr	Soziale Gerechtigkeit heute mit Sigmar Gabriel; Schwetzingen (Schlossplatz, Palais Hirsch)
Freitag, 4. 3., 20 Uhr	JHV der Jusos MoveYa; Gasthaus "Zur Pfalz" in Hockenheim, Schulstraße.
Samstag, 5. 3., 17Uhr	Kreiskonferenz (Schriesheim)
Montag, 7. 3., 20 Uhr	JHV der Jusos Edingen Neckarhausen
Dienstag, 8. 3., 19.30 Uhr	Soziale Gerechtigkeit aus gewerkschaftlicher Sicht mit Dr. Wolfgang Schroeder; Schwetzingen (Weldestammhaus)
Samstag, 12. 3., 10 Uhr	SPD - Landesparteitag; Karlsruhe (Stadthalle)
Donnerstag, 24. 3., 20 Uhr	Stammtisch; Heidelberg ("Vater Rhein")
Dienstag, 5. 4., 20 Uhr	Kreisvorstandssitzung; Sandhausen ("Alte Synagoge")
Wochenende 29. 4 - 1. 5.	Frühjahrsseminar Jusos Rhein-Neckar und Heidelberg, Thema: Außenpolitik; Epfenbach (AWO Haus)

Alle Termine auch unter www.jusos-rhein-neckar.de
Nähere Infos? Einfach mail an eimer@jusos-rhein-neckar.de

Du hast Interesse bekommen an der neuen Papiersparteknik der Jusos Rhein Neckar, dann wende dich einfach an eimer@jusos-rhein-neckar.de .

Eimer 3 / 2005

Der Briefkastenonkel - Daniels Mitmachkolumne

Skandal!

Was steht aktuell an? Na klar, die Landtagswahl in Schleswig Holstein. Was gibt es dazu zu sagen? Die NPD ist unter 2 Prozent geblieben. Das zeigt, dass die vier etablierten Parteien den Menschen genügend Alternativen geboten haben, ohne Extreme zu benötigen. Weiterhin erfreulich: die beiden Volksparteien haben 80 Prozent der Stimmen, was für eine extrem stabile demokratische Struktur spricht. Die Regierungsbildung sollte somit recht einfach sein. Da es doch wieder eine fünfte Kraft gibt, müssen also die beiden Abgeordneten vom SSW eine Regierung tolerieren, sonst gäbe es nur die Ampel oder die große Koalition. Alles prima also.

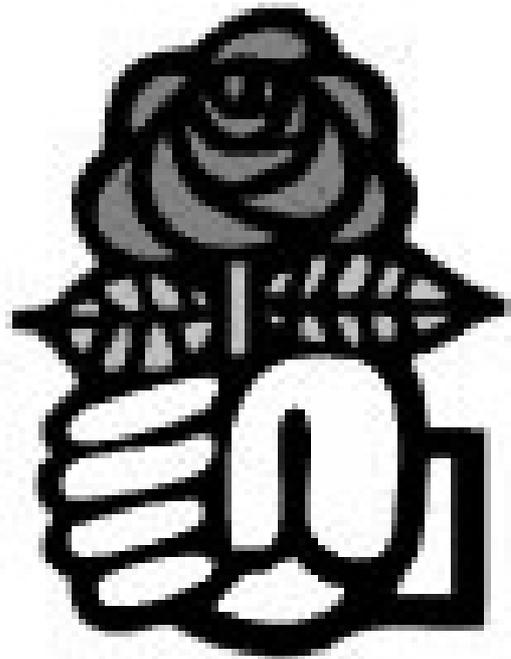
Da wir aber keine großen Bundespolitiker sind – die halten Spekulationen nämlich ärgerlicherweise für unseriös, weshalb sie vor einer Wahl kaum noch beantworten können, was sie nach gewonnener Wahl täten, weil das ja reine Spekulation wäre (aber die mangelhafte Hypothese-fähigkeit von Menschen aller politischen Färbungen soll hier nicht thematisiert werden) – dürfen wir uns aber folgendes Szenario ausmalen: Die CDU gewinnt in NRW und versucht dann, den SSW umzustimmen, weil an seinen beiden Stimmen die Frage sich entscheidet, ob die CDU im Bundesrat eine 2/3 Mehrheit hat oder nicht. Spannend, gell!? Da dürfen sich also zwei Minderheiten-Dänen überlegen, wie die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundesrat sind. Ich finde solche Besonderheiten von Wahlsystemen zumindest großartig!

Kommen wir aber zum Skandal: Die rot-grüne Regierung hat in den letzten Jahren Visa sehr großzügig vergeben. Liberal nannte man das. Und zeigen wollte man, dass Deutschland gewillt ist, Menschen zum Zwecke von kürzeren Aufenthalten unbürokratisch und gastfreundlich aufzunehmen. Viele Abgeordneten-Mitarbeiter dürfte das gefreut haben, weil die sonst einen erklecklichen Teil ihrer Arbeit damit zubrachten, sich darum zu kümmern. Viel geprüft wurde da in Einzelfällen sicher auch früher nicht. Jetzt wissen wir aber, dass diese Praxis massenhaft missbraucht wurde. Hinterher ist man halt immer schlauer. Ab wann aber ist ein Skandal ein Skandal? Ist es in Deutschland üblich für Fehlentscheidungen beispielsweise zurückzutreten. Ich erinnere mich kaum an solche Fälle. Und wenn es so wäre, müssten dann nicht alle Regierungen (ob im Bund oder im Land, aber auch zahllose Bürgermeister, Gemeinderäte, Schülersprecher usw.) nach ihrer ersten Fehlentscheidung zurücktreten? Worum geht's hier eigentlich? Ausnahmsweise würde ich sagen, das mag in Firmen funktionieren: wer Fehlentscheidungen trifft muss mit schnellen Konsequenzen rechnen. In der Politik aber soll das doch erst mit der nächsten Wahl entschieden werden. Zu einem Skandal gehört doch möglicherweise mehr. Absicht. Eigener Nutzen. Bössartigkeit. Geheimniskrämerei. Irgendwas Kriminelles eben und nicht etwas gut gemeintes, was dann gründlich schief läuft. Wer die Visa-Vergabe-Praxis für so eklatant falsch hält (dafür spricht einiges), dass er seine Wahlentscheidung daran festmachen will, der soll

doch 2006 den Grünen seine Stimme vorenthalten. Wenn Joschka schuld daran ist und das nicht sein erster Fehler ist, soll der Bundes-Gerd ihn eines Tages durch einen anderen Außenminister ersetzen. Aber ist das ein politischer Skandal, der Untersuchungs-Ausschüsse und Rücktrittsforderungen rechtfertigt? Ich weiß es nicht, weshalb ich wie jeden Monat froh bin, dass Ihr Euch Gedanken drüber macht und die Ergebnisse in den Diskussionskreislauf der Jusos-Rhein-Neckar einbringt. Am besten hier:

Bis zum nächsten Mal,
Euer BKO
Herrn BKO Daniel Hamers
Marie-Curie-Weg 1
69181 Leimen
Tel.: 06224-950955/ 0177-8882039

Mail: AGBetreuer@gmx.de
www.jusosrheinneckar.de (BKO)



Herausgeber:
Juso-Kreisvorstand Rhein-Neckar
c/o Carsten Kropp
Holzbauerstr. 35
68723 Schwetzingen

e-mail: eimer@jusos-rhein-neckar.de
Internet: www.jusos-rhein-neckar.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung
der Verfasserin / des Verfassers wieder.